

Die Bearbeitungszeit ist immer vom konkreten Einzelfall abhängig und kann daher stark schwanken. Sie hängt unter anderem davon ab, ob mit dem Remonstrationsbegehren neue und relevante Aspekte in das Visumverfahren eingebracht werden, die eine weitergehende Überprüfung und zusätzliche Sachverhaltsermittlungen erforderlich machen. Daneben sind in den Remonstrationsverfahren für einen längerfristigen Aufenthalt die inländischen Behörden erneut zu beteiligen und deren Rückmeldungen abzuwarten.

Auch das Remonstrationsverfahren ist Teil aktueller Überlegungen, die Visaverfahren insgesamt zukünftig soweit wie möglich zu beschleunigen.

43. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Mit welchen Mitteln unterstützt die Bundesregierung die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann
vom 22. Februar 2023**

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) gilt weltweit als eine der wichtigsten Plattformen für sicherheitspolitischen Dialog und Austausch. Sie setzt jährlich neue Impulse im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der globalen Sicherheitsarchitektur, von der auch Deutschland maßgeblich profitiert. Die Bundesregierung unterstützt die Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz daher bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Konferenzen durch eine Reihe konkreter Maßnahmen.

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) veranschlagt im Einzelplan 14 im Auftrag der Bundesregierung seit 2020 eine jährliche, projektgebundene Zuwendung in Höhe von 1 Mio. Euro zur Unterstützung der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz. Darüber hinaus unterstützt die Bundeswehr die Münchner Sicherheitskonferenz personell und materiell im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung. Die Aufgaben des eingesetzten Personals konzentrieren sich u. a. auf Delegationsbetreuung und Sicherheit, Material- und Personentransport, Dolmetscherleistungen, Saaldienst und Protokoll sowie sanitätsdienstliche Unterstützung. Für das Jahr 2023 wurde mit einem Personalansatz von 307 Soldatinnen und Soldaten sowie mit zehn weiteren Angehörigen des Geschäftsbereichs BMVg geplant. Die Kosten für diese Unterstützungsleistungen durch die Bundeswehr beliefen sich 2022 auf ca. 721.000 Euro. Nach derzeitiger Planung werden in diesem Jahr Kosten in vergleichbarer Höhe erwartet.

Für etwaige Unterstützungsleistungen des Bundeskriminalamts (BKA) besteht keine haushaltstechnische Veranschlagung. Unterstützungsleistungen für die Bayerische Landespolizei werden auf Anfrage bzw. Amtshilfeersuchen im konkreten Einzelfall geprüft. Sofern eine Unterstützungsleistung durch das BKA möglich war, werden die hierfür entstehenden Kosten unter Anwendung der Verwaltungsvereinbarung zur pauschalierten Abrechnung von Unterstützungseinsätzen gegenüber der Landeskasse Bayern als einsatzbedingte Mehrkosten des BKA zur Abrechnung gebracht und von dort an das BKA erstattet, hier vereinnahmt und an den Bundeshaushalt abgeführt. Die Abrechnung des Unterstüt-

zungseinsatzes wird nach Abschluss der Maßnahmen erfolgen. Es wurde mit einer ähnlich hohen Unterstützung wie im Vorjahr geplant. Die finale Bilanz liegt derzeit noch nicht vor. 2022 waren 19 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie acht sondergeschützte und zwei ungeschützte Kraftfahrzeuge entsandt worden. Ebenso erfolgte eine Unterstützung durch die Drohnenabwehr in Amtshilfe.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beteiligte sich im Jahr 2023 im Rahmen einer institutionellen Partnerschaft mit der Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH an der Durchführung des Gesprächsformats „MSC Townhall“. Dafür wurden 542.000 Euro in Kapitel 2311, Titel 545 01 „Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen“ veranschlagt.

44. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine im Hinblick auf die Zuhäuf in der Presse ersichtlichen Berichte über die systematischen Kriegsverbrechen der Vergewaltigung von Frauen und Kindern als Kriegswaffe sowie der Verschleppung ukrainischer Kinder in russische Gebiete, und welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um diese Kriegsverbrechen zu dokumentieren, zu verhindern und aufzuarbeiten?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann
vom 21. Februar 2023**

Es liegen zahlreiche Berichte verschiedener internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen über durch russische Streitkräfte (oder mit diesen verbundene bewaffnete Gruppierungen) in der Ukraine begangene schwere und systematische Verletzungen des humanitären Völkerrechts und Kriegsverbrechen vor. Dies betrifft insbesondere auch konfliktbezogene sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt.

Nach Einschätzung der Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zu sexueller Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, vom Oktober 2022 folgen dabei Vergewaltigungen durch russische Soldaten einer militärischen Strategie.

Neben der Unterstützung der Opfer ist aus Sicht der Bundesregierung die Verfolgung und Bestrafung solcher Verbrechen von höchster Bedeutung.

Die Bundesregierung unterstützt daher die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs, die mutmaßliche Kriegsverbrechen und insbesondere auch die Verschleppung ukrainischer Kinder zum Gegenstand haben.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof leitete am 8. März 2022 ein Strukturermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen nach den §§ 8 ff. des Völkerstrafgesetzbuches mit dem Ziel ein, Beweise zu sammeln und mögliche Täter zu identifizieren.

Darüber hinaus unterstützt Deutschland die ukrainischen Behörden bei der Dokumentation und Aufklärung konfliktbezogener sexualisierter